



Auswirkungen der Finanzkrise auf die Entwicklungsländer und Handlungsoptionen für die Entwicklungspolitik

**Stellungnahme von
Peter Wahl,
WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung
für die
Öffentliche Anhörung im AWZ am 11. 2. 2009**

Komplex I: Folgen der Finanzmarktkrise für die Entwicklungsländer

Die Weltwirtschaft steckt in ihrer tiefsten Krise seit der Großen Depression 1929. Der Finanzcrash hat begonnen, auf die Realwirtschaft durchzuschlagen. Die Krise ist noch nicht vorbei. Das Krisenmanagement hat die Situation noch nicht unter Kontrolle. Das Schlimmste kommt noch. Auch wenn die Krise vorüber ist – vielleicht 2010 - wird die Last ihrer Nachwirkungen – Anstieg von Arbeitslosigkeit, Armut, Hunger, hohe Staatsverschuldung etc. - noch über Jahre hinweg zu spüren sein.

Im Zeitalter der Globalisierung konnten die Schwellen- und Entwicklungsländer davon nicht unberührt bleiben. Die sog. Abkopplungsthese hat sich als falsch erwiesen, Schwellen- und Entwicklungsländer sind inzwischen von der Krise voll erfasst. Obwohl sie am System des Kasinokapitalismus nicht beteiligt waren, werden ihre ohnehin verwundbareren Volkswirtschaften hart von dem Schock getroffen. Es ist eine „*himmelschreiende soziale Ungerechtigkeit, die darin besteht, dass die sozialisierten Kosten des Systemversagens die verletzbarsten sozialen Gruppen am härtesten treffen. Nun wird die Masse derer, die ohnehin nicht zu den Globalisierungsgewinnern gehören, für die realwirtschaftlichen Folgen einer vorhersehbaren Funktionsstörung des Finanzsystems noch einmal zur Kasse gebeten. Und dies nicht wie die Aktienbesitzer in Geldwerten, sondern in der harten Währung ihrer alltäglichen Existenz.*“ (Jürgen Habermas in der ZEIT 6.11. 08)

1. Ansteckung in vollem Gang

Als erstes waren die Finanzmärkte der Schwellenländer betroffen. Die Börsenkurse sind 2008 dramatisch eingebrochen – im Schnitt um 40%. Zwischen Januar und Oktober 2008 sind die Kurse in Südafrika um 30,3% abgestürzt, in Pakistan um 34,8%, in Brasilien um 43%, und in Indien um 50,8% und in China um 65,6%. Am härtesten getroffen wurden Russland mit 70,9% und die Ukraine mit 77,5% (UNO 2009). Kiew musste inzwischen beim IWF um eine Liquiditätsspritze bitten, um den Staatsbankrott abzuwenden. Auch Pakistan musste mit einem IWF-Kredit über 10 Mrd. Dollar vor dem finanziellen Kollaps gerettet werden.¹

¹ FTD Online: www.ftd.de/politik/international/:Staaten-in-Not-Pakistan-vor-dem-Finanzkollaps/428754.html

Dementsprechend sehen die Wachstumsprognosen aus. Den jüngsten Statistiken vom Januar 2009² zufolge wird in allen Länderkategorien das Wachstum selbst unter optimistischsten Annahmen zurückgehen (s. Tabelle).

Wachstumsprognosen für Entwicklungsländer 2009

	2007	2008	2009		
			Pessimistisches Szenario	Mittleres Szenario	Optimistisches Szenario
Übergangsökonomien	8,3	6,9	2,7	4,8	6,1
Entwicklungsländer	7,2	5,9	2,7	4,6	5,1
Afrika	6,0	5,1	0,1	4,1	4,7
Ostasien	9,0	6,9	4,6	5,9	6,4
Südasien	7,4	7,0	4,0	6,4	6,6
Westasien	4,7	4,9	1,6	2,7	3,3
Lateinamerika/Karibik	5,5,	4,3	-0,2	2,3	2,7

Quelle: UNO 2009

Das Übergreifen der Krise auf Schwellen- und Entwicklungsländer befindet sich noch in der Anfangsphase. Daher liegen bisher kaum entsprechende Daten vor. Viele Effekte, werden auch zeitverzögert einsetzen. Auch werden unterschiedliche Länder und Ländergruppen in unterschiedlichem Maße betroffen sein. Länder wie Brasilien, mit einem großen Binnenmarkt und relativ diversifizierter Exportstruktur besitzen mehr Widerstandskraft als etwa Südafrika mit einem kleineren Binnenmarkt und einer hohen Abhängigkeit von wenigen Rohstoffen. Auch bringt die Krise einige Effekte hervor, die in bestimmten Fällen negative Auswirkungen abmildern oder kompensieren. So z.B. der Fall der Rohstoffpreise, darunter Nahrungsmittel, oder die Abwertung des Dollar und anderer Hartwährungen. Rohstoff- und Nahrungsmittelimporteure erhalten durch sinkende Preise eine Entlastung. Durch die Abwertung des Dollar u.a. Hartwährungen wird der Schuldendienst erleichtert oder die Abwertung der eigenen Währung teilweise aufgefangen.

Auch Länder mit hohen Währungsreserven haben größere Spielräume als solche mit geringen Reserven.

Es gibt im Wesentlichen zwei Grundtypen von Ansteckungswegen:

- die realwirtschaftlichen Effekte der Krise auf den Süden,
- direkte Verwicklung von Schwellenländern in die Praktiken des Kasino-Kapitalismus, wie Carry Trade oder Spekulation mit Nahrungsmittelpreisen.

2. Realwirtschaftliche Effekte auf Schwellenländer

Die großen Industrieländer stecken alle in der Rezession. Sie wird zu einem deutlichen Rückgang der Nachfrage auf den Weltmärkten führen. Zum ersten Mal seit 1982 wird 2009 der Welthandel schrumpfen.

² UNO (2009): World Economic Situation and Prospects 2009. New York

2.1. Rückgang des Welthandels

Die UNO prognostiziert einen Rückgang der Exporte (in Dollarwert) um weltweit 4,4%. In den Industrieländern wird der Rückgang 7,3% betragen, davon in der EU 11,7%, in den Transitionsländern 4,3%, für Lateinamerika und die Karibik 2,5 und für Afrika 7,1%. Lediglich in Ostasien werden die Exporte noch um 6% wachsen, darunter China mit 14,8% allerdings ist auch dieses Wachstums ein Absturz von hohem Niveau, nämlich 18,2% resp. 20,8% (alle Zahlen in diesem Absatz aus: UNO 2009).

Am stärksten spürbar wird der Rückgang der Nachfrage aus den USA sein. Denn über Jahre hinweg war der schuldenfinanzierte US-Konsum Motor der globalen Konjunktur. Stark betroffen ist bereits jetzt China, dem für 2009 ein Sinken des Wachstums auf 8,4% vorhergesagt wird (UNO 2009), nachdem das Land bis 2007 vier Jahre lang zweistellige Wachstumsraten hatte. Auf den ersten Blick könnten 8,4% als geradezu traumhaft erscheinen zumal damit eine gewisse Abkühlung einer erhitzten Konjunktur einhergeht. Allerdings sind 8% für China eine Untergrenze. Wird diese unterschritten, lassen sich die enormen inneren Probleme wie Binnenmigration, strukturelle Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum, unzulängliche soziale Sicherungssysteme etc. nicht auffangen.

Auch all jene Länder, die stark von Exporten in die USA abhängig sind, wie Mexiko, Mittelamerika und die Karibik, werden stark betroffen sein. Im Nachhinein bestätigt sich damit noch einmal, dass es auch aus stabilitätspolitischen Gründen klug war, dass Südamerika sich nicht an dem Projekt der Bush-Administration beteiligte, eine Freihandelszone von Kanada bis Feuerland zu etablieren.

Die Nachfrage aus den Industrieländern wird also zurückgehen und damit der Export dorthin. Am deutlichsten spürbar ist das bei Rohstoffen, die die Basis des zurückliegenden Wachstumsbooms war. Besonders drastisch sichtbar ist der Trend beim Rohöl, dessen Preis von knapp 150 USD pro Fass im Juli 2008 auf unter 50 USD Ende Dezember gefallen war. Diese Entwicklung erfasst auch die anderen Rohstoffe.

Der Rohstoffpreisverfall führt dann wiederum zu Sekundäreffekten, die allerdings differenzierte Auswirkungen haben. Während die Rohstoffexporteure Einnahmeeinbußen hinzunehmen haben, bekommen Länder die stark vom Import dieser Produkte abhängig sind, eine Entlastung.

Dem Verfall der Rohstoffpreise liegt allerdings kein langfristiger Trend zugrunde. Er ist ausschließlich krisenbedingt und wird sich bei Nachlassen der Krise umkehren.

2.2. Rückgang bei FDI hat eingesetzt

Parallel zur Nachfrage werden auch die Investitionen (FDI) der Industrieländer im Süden zurückgehen. Für 2008 schätzt die UNO den Rückgang auf 10% (UNO 2009)³ Das erscheint auf den ersten Blick relativ wenig. Aber zum einen hat der Rückgang gerade erst begonnen, zum anderen haben FDI einen langen „Bremsweg“. Anders als reine Finanzinvestitionen, die sofort zurückgezogen werden können, lässt sich der Bau einer Fabrik nicht so schnell stoppen.

Auf den ersten Blick, könnte dieser Rückgang dort begrüßenswert sein, wo FDI zu entwicklungspolitisch, sozial und ökologisch problematischen Ergebnissen führt. Aber so wenig wie das Schrumpfen des Wachstums in der Rezession die ökologische Wende bedeutet, so wenig ist der krisenbedingte Rückgang von FDI ein entwicklungspolitischer Fortschritt. Die Wende zu einer sozial gerechten und ökologisch zukunftsfähigen Wirtschaft wird nur als Resultat planvollen Umbaus entstehen, nicht durch das Chaos von Zusammenbrüchen.

Als generelle Folge der Krise wird sich Zahlungsbilanz vieler Entwicklungsländer verschlechtern, mittelfristig werden viele Länder neue Schuldenberge anhäufen müssen.

³ United Nations (2009): World Economic Situation and Prospects 2009. New York

3. Folgen der realwirtschaftlichen Krise für arme Länder

Während einige Schwellenländer, wie Brasilien immerhin als Ziel für spekulative Geschäftsmodelle wie *Carry Trade* in das System des Kasinokapitalismus einbezogen waren (s.u.), war für die armen Entwicklungsländer (LICs) nicht einmal das der Fall. Sie waren für die exorbitanten Profitinteressen institutionelle Investoren einfach uninteressant.

Dennoch wird auch diese Ländergruppe durch den Rückgang des Welthandels, den damit verschärften Wettbewerb und die anderen Kriseneffekte hart getroffen werden. Zudem sind ihre Volkswirtschaften noch verwundbarer als die der Schwellenländer. Schon bei der Asienkrise z.B. traf es Laos härter als das Krisenland Thailand, obwohl in Laos so gut wie kein Finanzmarkt existierte. Da das Land aber 80% seiner Exporte an Thailand verkauft, hatte das Sinken der Nachfrage dramatische Folgen.

Auch das Potential, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, ist in dieser Ländergruppe sehr gering. Während z.B. China in der Lage ist, auf seinen Wachstumsrückgang mit einem Konjunkturpaket von 450 Mrd. USD zu reagieren, verfügt kein armes Land über vergleichbare Möglichkeiten.

3.1. Sinken der workers remittances

Neben den im vorherigen Abschnitt geschilderten Übertragungsmechanismen der Krise kommen bei dieser Ländergruppe noch einige besondere Ansteckungsmechanismen hinzu. Dazu gehört z.B. der Rückgang der Überweisungen von Arbeitsmigranten (*workers remittances*) in ihre Heimatländer.

Insgesamt beträgt dieser Posten weltweit mit 282 Mrd. USD für die Entwicklungsländer inzwischen fast das Dreifache der Entwicklungshilfe. In einigen Ländern, stellen sie einen bedeutenden Anteil des BNP, so z.B. in Bangladesh (9,5%), El Salvador (18,4%), Haiti (20%), Honduras (24,5%), Philippinen (11,6%).⁴ Insgesamt trägt dieser Posten für die Gruppe der LICs mit 6% zum BNP bei. Die *remittances* sind also ein beträchtlicher Nachfragefaktor, insbesondere bei den unteren Einkommenschichten.

Schon jetzt sind Migranten in den arabischen Ölländern durch den Absturz des Ölpreises stark betroffen. Aber auch in den Industrieländern gehören sie zu den ersten Opfern von Kündigungen.

3.2. ODA

Bisher ist nicht zu erkennen, dass irgendwo die Entwicklungshilfe wegen der Krise gekürzt würde. Selbst für hartgesottene Finanzminister ist wohl klar, welche politische Bankrotterklärung es wäre, einerseits Rettungspakete für Banken und Konjunkturprogramme in der Größenordnung von 2 Billionen US-Dollar aufzulegen, während die vergleichsweise lächerlichen Summen bei der ODA gekürzt würden. Ein solcher Schritt würde das Verhältnis zu den Entwicklungsländern schwer belasten. Allerdings ist zu befürchten, dass die geplanten Steigerungen zur Erfüllung der MDGs nicht erreicht werden. So hat die Bundesrepublik sich verpflichtet, ihren Anteil bis 2010 auf 0,51% des BNP und 2015 auf 15% zu erhöhen. 2010 ist nächstes Jahr. Die Zahlen für 2008 liegen noch nicht vor. 2007 stand der deutsche Beitrag nach offiziellen Angaben bei 0,37%. In den zwei Jahren davor stagnierte er bei 0,35%⁵ Es wird sich zeigen, ob das BMZ und die entwicklungspolitische Community in der Lage sind, genügend Druck zu entwickeln, damit das Ziel noch erreicht wird.

⁴ www.econ.worldbank.org/WBSITE/EXTERNAL/EXTDEC/EXTDECPROSPECTS/0,,contentMDK:21121930~menuPK:3145470~pagePK:64165401~piPK:64165026~theSitePK:476883,00.htm

⁵ OECD DAC: http://stats.oecd.org/wbos/Index.aspx?DatasetCode=ODA_DONO

4. Finanzmarktbedingte Ansteckungsmechanismen

Sehr schnell und stark betroffen waren die privaten Kapitalflüsse in die Schwellenländer.

4.1. Rückgang der privaten Kapitalflüsse

Sie sind ab dem dritten Quartal 2008 deutlich gefallen, während die Kapitalkosten gestiegen sind. Die Spreads, d.h. die Zinsdifferenz zwischen dem Zinssatz im Interbankenverkehr und den realen Zinsen für den einzelnen Kreditnehmer schnellten dem für Schwellenländer repräsentativen Emerging Markets Bond Index (EMBI) zufolge in der zweiten Hälfte von 250 Basispunkten 550 (1 Basispunkt = 0,01%) nach oben. Das Volumen von Bankkrediten ging um 40% zurück (UNO 2009). Das ist eine direkte Folge der Kreditverknappung im Interbankenhandel, die ja auch die (Re)Finanzierungsbedingungen in den Industrieländern so sehr verschlechtert hat.

Als generelle Folge der Krise wird sich Zahlungsbilanz vieler Entwicklungsländer verschlechtern, mittelfristig werden viele Länder neue Schuldenberge anhäufen müssen.

4.2. Carry trade

Ein direkter Übertragungsweg der Finanzkrise auf Schwellenländer war der sog. *carry trade*, eine Form von Zinsarbitrage.⁶ Demnach wurde in einem Land mit niedrigen Zinssätzen – vorwiegend Japan – ein Kredit aufgenommen. Die Summe wird anschließend in einem Hochzinsland, z.B. Brasilien, als Kredit in brasilianischen Reais ausgereicht. Die Zinsdifferenz ist der Bruttogewinn dieses Geschäftsmodells.

Die Kehrseite ist zum einen, dass die Zinsen für den Reais-Kredit von der brasilianischen Volkswirtschaft erarbeitet werden müssen um dann der Volkswirtschaft entzogen zu werden. Zum anderen ist der *carry trade* ein Instabilitätsfaktor. So haben im Zuge der Krise die institutionellen Anleger ihre Positionen in Brasilien abrupt aufgelöst. Es kam im Oktober 2008 innerhalb weniger Tage zu einer Abwertung der brasilianischen Währung um 25% und zu einem Absturz der Aktienkurse. Umgekehrt führte die Repatriierung der Gelder zu einer vorübergehenden Aufwertung des Yen und des Dollar.

4.3. Nahrungsmittelspekulation

Ein drastisches Beispiel dafür, wie sich hinter der Fassade von Nadelstreifen und scheinbarer Seriosität existentielle Nöte für Millionen von Menschen verbergen, ist die Spekulation mit Nahrungsmitteln. Ende 2007 waren die Nahrungsmittelpreise weltweit drastisch gestiegen (s. Grafik). Der Nahrungsmittelpreisindex der FAO wies in den 15 Monaten zwischen Ende 2006 und März 2008 eine Preissteigerung von 71% auf. Besonders dramatisch war die Steigerung bei Reis und Getreide, wo die Preise um 126% in die Höhe schossen. Es war vorwiegend Finanzspekulation, die diese Preissteigerungen verursacht hat.

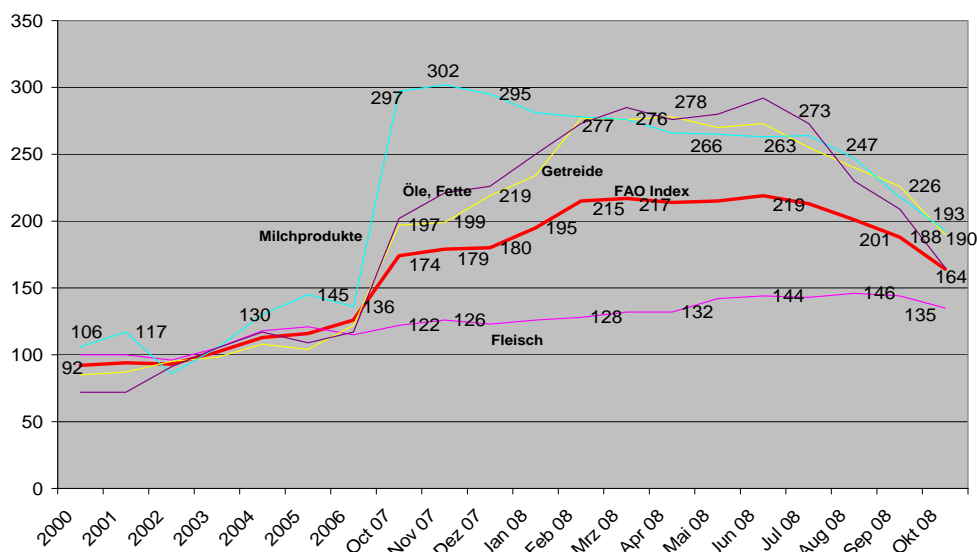
In der Zeit, in der die Preise am Steigen waren, wurde dies heftig bestritten. Da die Preisbildung bei Agrarrohstoffen in der Tat komplex ist, wurden alle möglichen Faktoren bemüht, um den Preisanstieg zu erklären, so z.B.

- steigende Nachfrage in Schwellenländern. So konsumieren z.B. Chinesen zunehmend Milchprodukte;
- stagnierende Produktivitätsentwicklung und Unterinvestition in die Landwirtschaft,
- Produktion von Biokraftstoffen.

⁶ Im Gegensatz zu Spekulation, die auf der Erwartung einer Preisänderung in der Zukunft beruht, nutzt die Arbitrage eine bekannte Kursdifferenz. Deshalb ist das im Vergleich zur Spekulation ein sicheres Geschäft.

FAO Lebensmittelpreisindex

(Durchschnitt 1998-2000 = 100)



Quelle: FAO

Nachdem die Preise ab Juli 2008 wieder fielen, haben sich diese Erklärungen allerdings in Luft aufgelöst. Denn die genannten Faktoren sind langfristig wirkend, die weder in der relativ kurzen Zeit von 10 Monaten so steil nach oben gehen noch in noch kürzerer wieder nach unten. So schnell fangen die Chinesen nicht an Yoghurt zu essen, um in ein paar Monate wieder damit aufzuhören und so rasch absorbiert auch nicht die Produktion von Biokraftstoff landwirtschaftliche Nutzflächen.

Die Preiskurve hat dagegen die typische Form einer spekulativen Blase. Grund für den Anstieg: die Subprime-Krise war von einer Hypothekenkrise zu einer Kreditkrise übergegangen. Ganze Marktsegmente brachen zusammen, wie das der toxischen Derivate. Investmentbanken und Hedge Fonds hatten Verluste in zweistelliger Milliardenhöhe. In dem Maße wie die Spekulation im Finanzsektor schwerer wurde, suchten die Investoren angestrengt nach neuen Märkten und warfen sich jetzt auf die Rohstoffmärkte, in erster Linie Erdöl, aber auch agrarische Rohstoff.

2007 wuchs der Handel mit landwirtschaftlichen Futures u.a. Derivaten um 32%. Gleichzeitig stieg zwischen Juni 2005 und Juni 2007 der Wert von Rohstoffderivaten, die Over the Counter, also außerbörslich gehandelt wurden, um nahezu 160%⁷. An der Rohstoffbörse in Chicago, stieg die Anzahl der Kontrakte zwischen Oktober 2007 und Ende März 2008 um 65%,⁸ ohne dass sich die reale Produktion deswegen erhöht hätte.

D.h. die Blase hatte begonnen sich zu aufzublähen. Der Preisanstieg bei Derivaten zog wiederum einen Anstieg der Spotmarktpreise nach sich. Denn, zum einen haben Käufer auf den Spotmärkten mehr auf Vorrat gekauft, um weiteren Preissteigerungen zuvorzukommen. Das erhöht die Nachfrage und erzeugt Preisdruck nach oben. Zum anderen haben Verkäufer in der Erwartung höhere Preise mit dem Verkauf gewartet und damit das Angebot verknappt. Die Spekulation der Institutionellen Investoren hatte also eine ganze Kette spekulativen Verhaltens bei anderen Akteuren in Gang gesetzt.

Hinzu kommt, dass Spekulation nicht nur über den direkten Weg der Nahrungsmittelbörsen eine Rolle spielte, sondern auch indirekt über den Ölpreis. Öl ist in allen Phasen der der landwirtschaftlichen Produktion und des Vertriebs beteiligt. Ähnlich wie bei den Nahrungsmittelpreisen, war auch die Ölpreisblase in diesem Zeitraum weitgehend spekulationsbedingt. Spekulation war also auf zweifache Weise an der Blase der Nahrungsmittelpreise beteiligt.

⁷ Bank for International Settlement (2008): Amounts outstanding of over-the-counter (OTC) derivatives. www.bis.org/statistics/otcder/dt1920a.pdf. Geneva

⁸ Financial Times Deutschland. 31.05.2008

Ab Juli stürzten die Preise dann wieder regelrecht ab. Auch dies ist auf die Finanzkrise zurückzuführen, die in diesem Zeitraum eine weitere Verschärfung erfuhr. Hedge Funds und anderen Institutionellen Investoren wurde angesichts der realwirtschaftlichen Krise nun auch die Rohstoffspekulation zu riskant und es setzte eine erneute Fluchtwelle ein, dieses Mal in US Treasury Bonds, quasi der letzte Hafen, in denen sich das Kapital flüchten kann.

Von deutscher Seite war mindestens die Deutsche Bank an der Nahrungsmittelspekulation beteiligt. Im Mai 2008 machte sie auf Brötchentüten Reklame für ihren Agriculture Euro Fond: *„Freuen Sie sich über steigende Preise? Alle Welt spricht über Rohstoffe – mit dem Agriculture Euro Fond haben Sie die Möglichkeit, an der Wertentwicklung von sieben der wichtigsten Agrarrohstoffe zu partizipieren.“*

Resultat dieses Geschäftsmodells: *„Zwischen 109 und 126 Millionen Menschen sind infolge der Nahrungsmittelpreissteigerung seit 2006 unter die Armutsgrenze von einem Dollar pro Tag gefallen. ... In Subsahara Afrika dürfte die extreme Armut um 8% gestiegen sein. Das bedeutet, dass die jüngsten Nahrungsmittelpreissteigerung die Erfolge bei der Armutsreduzierung zwischen 1990 und 2004 wieder zunichte gemacht haben.“* (UNO 2009).

4.4. Hedgefonds u.a. HLI in Schwellenländern

Abgesehen von Carry Trade haben Hedgefonds, Private Equity Fonds u.a. unregulierte und hochriskante Akteurstypen (Highly Leveraged Institutions - HLI) bisher nur in geringem Maße direkt in Schwellenländern operiert. Dabei handelte es sich um Fonds aus den Industrieländern, bzw. aus deren OFCs, wie den Cayman Inseln. Einer Studie von 2006 zufolge⁹, gab es damals 423 Hedgefonds, in Entwicklungsländern. Das wären etwa über 4% der insgesamt ca. 9.000 Fonds weltweit. Das von ihnen verwaltete Vermögen betrug damals 62,57 Mrd. USD - ein Anteil von 8,6%.¹⁰

In der Vergangenheit hatten Hedgefonds zur Krisenübertragung beigetragen, so in der Brasilienkrise 1998, als Hedgefonds versuchten, Verluste in Russland durch spekulative Geschäfte in Brasilien zu kompensieren. Auch der Crash des Hedgefonds LTCM hatte Auswirkungen in Brasilien.¹¹ (Griffith-Jones:2007 S. 13/14)

Falls die Krise nicht ohnehin das Aus für das Geschäftsmodell der Hedgefonds u.ä. bedeutet, könnte es sein, dass im Zuge einer Regulierung der HLIs, diese verstärkt in Schwellenländer auszuweichen versuchen.

4.5. Zunahme der Währungsvolatilität

Eine weitere Konsequenz der Krise ist die zunehmende Währungsvolatilität. Dabei sind insbesondere die Dollarschwankungen von Belang. Da der Welthandel weitgehend in Dollar abgewickelt wird, trägt ein Sinken des Dollarkurses, wie er in der ersten Hälfte 2008 einsetzte, dazu bei, dass die Exporteinnahmen zurückgehen. Zwar hat der Dollar in der zweiten Jahreshälfte wieder etwas aufgewertet. Das dürfte aber nur ein vorübergehendes Phänomen gewesen sein, das vor allem auf die krisenbedingte Flucht der (institutionellen) Investoren in den sicheren Hafen der US-Treasury Bonds gewesen sein. Mittel- und langfristig dürfte mit der Gesamtschwächung der US-Ökonomie auch der Dollar schwächer werden. Zudem liegt ein schwacher Dollar auch im Interesse der USA, ihr Leistungsbilanzdefizit abzubauen und den eigenen Export zu stärken.

4.6. Steuerparadiese und Offshore Zentren (OFCs)

Die entwicklungspolitisch äußerst negativen Effekte von OFCs sind in den letzten Jahren wiederholt dargestellt worden. Sie fördern die Kapitalflucht und betreiben Steuerdumping. Zudem bilden sie die Operationsbasis für HLIs, für Steuerhinterziehung, Geldwäsche durch

⁹ Füss Roland / Kaiser, Dieter G. (2006): Dynamic Linkages between Hedge Funds and Traditional Financial Assets. o.O:

¹⁰ Wahl. Peter (2008): Superstars in the Emperor's New Clothes. Hedge Funds and Private Equity Funds What is at Stake? Berlin

¹¹ Griffith-Jones, Stephany (2007): New Investors in Developing Countries: Opportunities, Risks and Policy Responses, the Case of Hedge Funds. o.O.

Drogenhändler, Waffenschmuggler, die Mafia und Terroristen. Solche Finanz- und steuerrechtsfreien Räume haben in einer zivilisierten Finanzordnung nichts verloren.

Komplex II: Aktuelle Handlungsanforderungen für die Entwicklungspolitik

In der Krise liegt auch die Chance, einen Reformprozess einzuleiten, der zu einer sozial gerechten, ökologisch tragfähigen und entwicklungsfreundlichen Globalisierung führt. Die entwicklungspolitische Community kann sich daher nicht nur um Entwicklungspolitik im engeren Sinne kümmern. So wie die Ursachen des Crashes in den USA und den anderen Industrieländern liegen, so wird ein Schutz der Schwellen- und Entwicklungsländer vor einem neuen Crash von einem stabilen und nachhaltigen globalen Finanzsystem abhängen. Dazu sind auch bei uns Reformen notwendig, die eine Wiederholung des gegenwärtigen Desasters ausschließen.

Als erstes ist das nun Bankrott gegangene Leitbild des Neoliberalismus durch ein zukunftsfähiges Leitbild zu ersetzen, in dem sozial gerechte und ökologisch tragfähige Entwicklung Priorität vor dem Profit der Shareholder hat. Dies lässt sich nur durch eine politisch gestaltete, den Interessen der Gesamtgesellschaft verpflichtete Politik erreichen. Der Markt ist dazu nicht in der Lage. Dazu muss die Dominanz der Finanzindustrie, ihrer Logik und Dynamik über die Realwirtschaft beendet werden. Die dazu notwendigen Reformen können hier nicht im Einzelnen dargestellt werden.

Notwendig ist es aber, dass sich die entwicklungspolitische Community in diese Debatte einmischt. Sie darf nicht den Finanzpolitikern und ihren Beratern aus Finanzindustrie und der ideologischen Monokultur der an deutschen Hochschulen herrschenden Finanzwissenschaften überlassen werden. Was dabei herauskommt, haben wir jetzt gesehen.

Institutionelle Fragen

In der bevorstehenden Phase der Auseinandersetzung um eine neue Finanzarchitektur, wird eine Schlüsselfrage sein, in welchem institutionellen Rahmen der Reformprozess stattfindet. Die G20 sind dazu ein richtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie sollten die globale Steuerung der Finanzmarktreformen übernehmen. Allerdings sind eine Repräsentanz der armen Länder und eine Einbindung in das UN-System nötig. Darüber hinaus ist eine Partizipation von Gewerkschaften, NGOs u. a. zivilgesellschaftlichen Stakeholdern zu institutionalisieren.

Dem IWF, der Weltbank sowie den Regionalbanken wäre unter der Ägide der G20 die Rolle von Durchführungsorganisationen zuzuweisen. Die WTO gibt die Kompetenz über den Annex zu Finanzdienstleistungen im GATS an die erweiterte G20 ab. Die BIZ beschränkt sich auf die Rolle des Think Tanks und eines statistischen Amtes und hat kein Verhandlungsmandat mehr.

Darüber hinaus muss Regulierung und Aufsicht einen viel größeren Stellenwert bekommen als bisher und entsprechend juristisch und materiell ausgestattet werden. Dabei ist soviel wie möglich multilateral zu machen, wo dies auf Grenzen hat ein großes Land wie die Bundesrepublik oder ggf. die EU noch immer bedeutende Spielräume, die genutzt werden können. Das beliebte Verstecken hinter den Schwierigkeiten multilateraler Vereinbarungen muss aufhören.

Alle Finanzmarktakteure sind zu regulieren und der Aufsicht zu unterstellen. Solche die das nicht tun, erhalten keine Arbeitserlaubnis.

Zu einigen Einzelfragen im Konzept der Anhörung:

- Welche Initiativen sind notwendig, um der Kapitalflucht aus Entwicklungsländern zu begegnen?
 - Die Bankenregulierung- und -aufsicht verbietet Banken Transfers in Steuerparadiese und OFCs. Möglichst multilateral, notfalls unilateral.
 - Das Bankgeheimnis gegenüber der Aufsicht wird aufgehoben.
 - Wie die Bush-Administration erfolgreich demonstriert hat, können selbst Länder wie die Schweiz bewegt werden, sich in transparente internationale Verfahren zu integrieren. Nummernkonten u.ä. Praktiken sind eine Wettbewerbsverzerrung.
 - Durch TZ und in schwierigen Fällen durch Konditionalitäten sind solide Steuersysteme, incl. Steuerfahndungssysteme in den Entwicklungsländern zu fördern.
- Welche Auswirkungen hätte eine stärkere Regulierung von so genannten „institutionellen Anlegern“ und deren Aktivitäten in Schwellen- und Entwicklungsländern?
 - Die wichtigsten Institutionellen Anleger, die Investmentbanken sind mit wenigen Ausnahmen verschwunden. Eine Wiederauferstehung ist zu unterbinden.
 - Hedge Funds, Private Equity Funds, REITS etc. werden mindestens zur Hälfte ebenfalls verschwinden. Die Überlebenden sind wie Banken zu behandeln. Durch administrative (Transparenz, Registrierungspflicht) und steuerliche Maßnahmen (Kapitalverkehrssteuern) werden ihre Hebelwirkung und riskante Spekulationsgeschäfte (z.B. Leerverkäufe) unterbunden.
 - Der OTC-Handel mit Derivaten wird verboten. Wenn alle Institutionen der Aufsicht unterliegen, ist das durchzusetzen. Derivate werden nur noch an der Börse gehandelt nach vorheriger Prüfung auf ihre stabilitäts- und entwicklungspolitische Verträglichkeit (TÜV für Derivate).
- Sind die aktuell praktizierten Strategien zur Um- und Entschuldung von Entwicklungsländern ausreichend, um einen akzeptablen Grad der Verschuldung zu erreichen? Welche zusätzlichen Initiativen sind hier empfehlenswert?
 - Es fehlt eine Insolvenzregelung zur geregelten Entschuldung von Staaten. Vorschläge dazu liegen seit Jahren auf dem Tisch (sog. FTAP). Sie muss das bisherige Konstrukt (G8, BWI, Pariser Club) ablösen.
- Wie sollte mit dem Problem der Spekulation auf Nahrungsmittel und Rohstoffe umgegangen werden?
 - An den Rohstoffbörsen ist ein Handelsregister einzurichten, das nur den spezialisierten Händlern (sog. commercial trade) Zugang gewährt. Hedge Fonds u.a. institutionelle Spekulanten erhalten keinen Zugang.
 - Das Restrisiko für das Entstehen spekulative Blasen entstehen kann aufsichtsrechtliche unter Kontrolle gehalten werden.
 - Der Agrarsektor zumindest für Grundnahrungsmittel wird aus der WTO herausgenommen und nach einem internationalisierten Raiffeisenmodell organisiert.

- Das Recht auf *SDR* (spezial and differential treatment) der Entwicklungsländer gegenüber dem transnationalen Agrobusiness wird ausgeweitet. Zeitliche Begrenzungen werden aufgehoben.
 - Die Patentierung von Saatgut für Grundnahrungsmittel wird unterbunden. Die Entwicklung neuer Sorten findet in einem internationalen Forschungsverbund unter öffentlicher Kontrolle (UNO) statt.
- Welche Maßnahmen können zusätzlich ergriffen werden, um den Fluss von ausländischen Direktinvestitionen in Entwicklungsländer in jene Wirtschaftssektoren zu erhöhen, die einen Beitrag zur Armutsbekämpfung und nachhaltiger Steigerung der Staatseinnahmen leisten?
- Die öffentliche Hand im Mutterland von Investoren lenkt durch einen Mix aus Steuererleichterungen und Strafsteuern Investitionen in die richtige Richtung. Ansätze, wie sie in der Hermes Kreditvergabe bestehen, sind entsprechend auszudehnen.